

Hannoversche Linke

Region Hannover

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Hannoversche Linke • Viktoriastr. 42 30451 Hannover

An die Presse

Viktoriastr. 42

30451 Hannover

Tel.: 05 11 / 3 00 69 00

Fax: 05 11 / 59 02 85 24

hannlinke@hannover-stadt.de

www.hannoverschelinke.de

Frank Pharao

Hannover, 4.12.2008

Pressemitteilung

Auf ins Taka – Tuka Land

Oberbürgermeister Weil und die Ratsmitglieder im Finanzausschuss suchen den verlorenen Schatz!

**„Vermögen, das die Gefahr des Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen“
(Art.39 H.Verf.)**

Der Antrag der Hannoverschen Linken in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses, ein Zinsmoratorium zu erstellen, ist absolut berechtigt. Die Proteste dagegen sind scheinheilig und zum Teil als staatstragende Effekthascherei zu bezeichnen. Eine Kettenreaktionen von immer neuen Bankpleiten droht die Wirtschaft in eine tiefe Krise zu reißen und die Kommunen an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu bringen. „Die so genannten „Selbsteilungskräfte“ des Marktes funktionieren nicht mehr“, so Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank. Es ist eine Bankrotterklärung des Neoliberalismus.

Die Regierungen sollen jetzt mit Steuergeldern Banken, Versicherungen und der Wirtschaft insgesamt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise heraus helfen. Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken kann erreicht werden, dass die Banken und die Wirtschaft zum Nutzen und im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung handeln. **Privatbanken, die nach staatlichen Krediten rufen, müssen umgehend in öffentliches Eigentum verwandelt werden. Darüber hinaus muss das gesamte Banken- und Versicherungswesen in öffentliches Eigentum überführt werden. Nur so kann das Vertrauen in die Banken wieder hergestellt werden. So kann auch verhindert werden, dass die Verluste sozialisiert und die Gewinne privat bleiben.**

Das Zinsmoratorium soll bewirken, dass Banken nicht doppelter Nutznießer in der von ihnen verschuldeten Finanzkrise werden. Einerseits profitieren die Banken durch staatliche Zuschüsse und Bürgschaften andererseits werden sie durch Zinszahlungen der Kommunen unterstützt. Jetzt sind die Banken gefordert eine Gegenleistung für die Vorteile des „staatlichen Schutzschildes“ zu erbringen. Deshalb fordert die Hannoversche Linke ein Zinsmoratorium mit dem die Zinszahlungen an die Banken ausgesetzt oder gänzlich

gestrichen werden. Die Kommunen sind ein solventer Kreditnehmer, also kein Risikogeschäft für die Kreditvergabe.

Die Schlussfolgerung, dass 43,5 Millionen Zinszahlungen von der Stadt Hannover an die Banken nicht zu zahlen sind, sondern für soziale Leistungen zur Verfügung gestellt werden ist ein grundlegender Beitrag sozialpolitische Veränderungen zu schaffen und den Kommunen eine Haushaltssperre zu ersparen.

Ein Politikkonzept a la Pippi Langstrumpf ist durchaus nicht zu verachten, da Pippi Langstrumpf den Kampf gegen Blut-Svente und Messer-Jocke mutig und verwegen zwecks Bergung des Piratenschatzes aufgenommen hat und obsiegte. Der Name Taka-Tuka Land ist eine Anlehnung an den Ort Larantuka, dort führten im 16. und 17. Jahrhundert viele Deserteure des portugiesischen Kolonialreiches ein durchaus freies Leben.

Hannoversche Linke.

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover